

Absender:

Empfänger:

*(zuständiges Gericht: Amtsgericht als Vollstreckungsgericht bzw. Insolvenzgericht,
<https://www.justizadressen.nrw.de/de/justiz/suche>)*

Ort, Datum

Im Falle eines Insolvenzverfahrens: Aktenzeichen des Insolvenzgerichts: _____

**Antrag nach § 906 Abs. 2 ZPO auf Festsetzung eines abweichenden pfändungsfreien Betrages
im Fall einer Doppelpfändung**

- Kontopfändung 1:** _____
- Kontopfändung 2:** _____
- Kontopfändung 3:** _____
- Kontopfändung 4:** _____
- Kontopfändung 5:** _____

(jeweils unter Angabe: Gericht, Geschäftszeichen, Gläubiger ./ . Schuldner)

Sehr geehrte Frau Rechtspflegerin,
sehr geehrter Herr Rechtspfleger,

in oben bezeichneter Angelegenheit wird beantragt

1. den unpfändbaren Anteil meiner laufenden Einkünfte gem. § 906 Abs. 2 ZPO freizugeben und die Pfändung des Kontos (insoweit) aufzuheben, soweit es sich um Zahlungen des/der _____ handelt,
2. die Vollstreckung bis zur Entscheidung des Gerichts einstweilig einzustellen und
3. das Kreditinstitut anzuweisen, den zurückgehaltenen Betrag an den Antragsteller auszuzahlen.

Begründung:

Mein Konto bei dem Kreditinstitut _____

(IBAN: _____, BIC: _____)

führe ich als Pfändungsschutzkonto.

Für mein Pfändungsschutzkonto besteht derzeit ein pfändungsgeschützter Betrag in Höhe

- des Grundfreibetrages von _____
- des Grundfreibetrages und der Erhöhungsbeträge von insgesamt _____ ausweislich der Bescheinigung des/der _____ vom _____

Auf meinem Pfändungsschutzkonto gehen nachfolgende monatliche Zahlungen ein:

- Arbeitseinkommen in Höhe von _____
- Arbeitslosengeld in Höhe von _____
- Rente in Höhe von _____
- Kindergeld in Höhe von _____
- Sonstiges, nämlich _____ in Höhe von _____

Mein Konto wurde aufgrund der oben bezeichneten Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse gepfändet.

Mein pfändbares Einkommen

- habe ich an folgende(n) Gläubiger abgetreten und dieser hat die Abtretung offengelegt:

- wird aufgrund folgender Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse gepfändet:

- wird nach Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über mein Vermögen an meine Insolvenzverwalterin oder meinen Insolvenzverwalter überweisen:

(Im Falle der Insolvenzeröffnung, muss der Antrag nach § 906 Abs. 2 ZPO gegenüber dem Insolvenzgericht gestellt werden.)

Da sowohl die Lohnpfändung/Lohnabtretung als auch die Kontopfändung betrieben wird, liegt eine Doppelpfändung insoweit vor, als dass das Einkommen auf dem Konto nochmals der Pfändung unterworfen wird.

Ich bitte um Festsetzung eines abweichenden pfändungsfreien Betrages in Höhe meines nach § 850 c ZPO unpfändbaren Einkommens und Freigabe des unpfändbaren Anteils meines laufenden Einkommens gem. § 906 Abs. 2 ZPO.

Da zu besorgen ist, dass die Entscheidung erst nach Ablauf der vierwöchigen Sperrfrist ergehen kann und der Drittschuldner inzwischen an den Gläubiger auszahlen muss, ist die Vollstreckung in Höhe des voraussichtlichen Freibetrages einstweilig einzustellen.

Bitte unterrichten Sie das Kreditinstitut vorab per Telefax: _____

Ich versichere, dass die gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

Anlagen:

- Nachweis des Kreditinstituts zur Kontopfändung
- gegebenenfalls Bescheinigung zu den Erhöhungsbeträgen
- gegebenenfalls Beschluss zur Insolvenzeröffnung
- Nachweis der auszahlenden Stelle zur Gehaltspfändung/Gehaltsabtretung
- Kontoauszüge der vergangenen 6 Monate